

Im Ausland sind Koalitionen Pflicht

Tarifsysteme. Die komplizierten Tarifverhandlungen der Bahn mit den konkurrierenden Gewerkschaften EVG und GDL haben das IW Köln veranlasst, einmal über den deutschen Tellerrand hinauszuschauen – wie handeln Arbeitgeber und Gewerkschaften anderswo Löhne und Arbeitsbedingungen aus? Gibt es dort einen Zwang zur Tarifeinheit?

Das Miteinander von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Betriebsräten ist in vielen Ländern gesetzlich geregelt. Das erleichtert die Tarifverhandlungen, denn Gesetze geben die Spielregeln vor. Es wird zum Beispiel festgelegt, wie zu

verfahren ist, wenn mehrere Gewerkschaften in einem Betrieb für dieselbe Arbeitnehmergruppe Tarifverträge aushandeln wollen. Geregelt wird auch, wann der Gesetzgeber den Geltungsbereich eines Tarifvertrags auf Nichtbeteiligte ausweiten kann

und welche Regeln bei Arbeitskämpfen gelten.

Nicht festgelegt ist, ob Tarifverhandlungen auf Unternehmens-, Branchen- oder gesamtwirtschaftlicher Ebene stattfinden müssen. Das können die Verhandlungspartner also selbst entscheiden. Während Deutschland insbesondere auf Branchentarifverträge setzt, arbeiten andere Industrieländer öfter mit Mischsystemen:

- **Firmentarifverträge.** Sie spielen in praktisch allen Ländern eine wichtige Rolle. In Kanada und den USA werden Tarifverhandlungen fast ausschließlich auf dieser Ebene geführt. In Japan gibt es sogar mehr als 26.000 Betriebsgewerkschaften, die zwar nur in einzelnen Betrieben verhandeln, sich aber auf der Branchenebene über Dachverbände koordinieren. In keinem anderen Land sind die Verhandlungen ähnlich stark dezentralisiert.

Aber auch in Deutschland verhandeln Gewerkschaften mit Konzernleitungen – etwa bei Volkswagen, der Bahn und Lufthansa – →

Tarifbindung international

Anteil der Beschäftigten, die unter einen Tarifvertrag fallen

● **sehr niedrig** 0 bis 25 Prozent ● **niedrig** 26 bis 50 Prozent ● **mittel** 51 bis 74 Prozent ● **hoch** 75 bis 100 Prozent

	Land-wirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Marktbasierte Dienstleistungen	Nicht marktbasierte Dienstleistungen	Tendenz
F	keine Angabe	●	●	●	stabil
D West	●	●	●	●	rückläufig
D Ost	●	●	●	●	rückläufig
I	●	●	●	●	stabil
UK	●	●	●	●	rückläufig
CZ	●	●	●	●	steigend
USA	●	●	●	●	rückläufig
J	keine Angabe	●	●	●	stabil

Marktbasierte Dienstleistungen: Handel, Verkehr, Logistik, Gastronomie, Banken und Versicherungen; nicht marktbasierte Dienstleistungen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Erziehung und Unterricht, öffentliche Verwaltung, freiberufliche und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen; Stand: 2010 bis 2012; Quelle: IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

Inhalt

Industrielöhne. Die wichtigsten Weltmarktkonkurrenten müssen für Arbeit deutlich weniger bezahlen als die westdeutsche Industrie.
Seite 3

Digitales Rathaus. Trotz Vorreitern wie Ingolstadt sind die Möglichkeiten des E-Governments in Deutschland noch längst nicht ausgeschöpft.
Seite 4-5

Geplante Obsoleszenz. Viele Verbraucher glauben, dass manche Hersteller die Lebensdauer ihrer Produkte absichtlich verkürzen.
Seite 6

Städteranking 2014. Wolfsburg ist wie im Vorjahr Deutschlands dynamischste Stadt. Absteiger sind die Städte im Ruhrgebiet.
Seite 7

Hochschule. Für den Bau und die Instandsetzung der Hochschulgebäude wird seit vielen Jahren zu wenig Geld ausgegeben.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ über die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder.

• **Branchentarifverträge.** Sie finden sich häufig in Australien, Deutschland, Frankreich, Italien und selbst in Japan. In Frankreich und Deutschland sind die Branchentarifverträge zum Teil noch regional differenziert, etwa im Handel oder im Gastgewerbe.

Gerade in Deutschland werden Branchentarifverträge auch als Flächentarifverträge bezeichnet, weil die Abschlüsse für verschiedene Regionen ähnlich oder identisch ausfallen.

An diesen Branchen- oder Flächentarifverträgen hatte sich hierzulande in den 1990er Jahren eine intensive Diskussion entzündet. Die Unternehmen empfanden sie als starr. Im Laufe der Debatten wurde der Flächentarifvertrag dann schrittweise durch Öffnungsklauseln flexibilisiert. Seit dem Pforzheimer Abkommen im Jahr 2004 dürfen etwa Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie in Absprache mit Vertretern der Arbeitnehmer – zum Beispiel Betriebsräten – für eine ge-

Erga Omnes und Allgemeinverbindlichkeit

In Frankreich und Italien werden vor allem Branchentarifverträge auf nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer (erga omnes = für alle), nicht tarifgebundene Betriebe oder sogar auf andere Branchen übertragen.

In Deutschland sieht das Anfang 2015 in Kraft tretende Tarifautonomiestärkungsgesetz eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit vor. Bisher durften Tarifverträge nur dann auf nicht gebundene Betriebe übertragen werden, wenn sie mindestens 50 Prozent der Beschäftigten erfassten. Diese Schwelle entfällt ab Januar.

Tarifverträge: Wo der Staat mitmischt

Branchen, in denen der Staat Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären kann. Diese gelten dann auch für alle nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Branche

	Land-wirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Marktbasierte Dienstleistungen	Nicht marktbasierte Dienstleistungen	Von dem Instrument wird ... Gebrauch gemacht
(F)	ja	ja	ja	nein	oft
(D)	ja	ja	ja	nein	relativ oft
(I)	ja	ja	ja	ja	oft
(UK)	nein	nein	nein	nein	nie
(PL)	ja	ja	ja	ja	selten
(CZ)	nein	ja	ja	nein	selten
(USA)	nein	ja	nein	nein	selten
(J)	ja	ja	ja	ja	selten

Marktbasierte Dienstleistungen: Handel, Verkehr, Logistik, Gastronomie, Banken und Versicherungen; nicht marktbasierte Dienstleistungen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Erziehung und Unterricht, öffentliche Verwaltung, freiberufliche und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen; Stand: 2011 bis 2012; Quelle: IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv49

wisse Zeit von zentral ausgehandelten Tarifnormen abweichen.

Dieses Verfahren hat sich als sehr effizient erwiesen und in Krisenzeiten Arbeitsplätze gesichert.

Wie viele Arbeitnehmer aber fallen überhaupt unter einen Tarifvertrag? Eine Recherche des IW Köln zeigt, dass das von Land zu Land sehr verschieden sein kann. Demnach ist die Tarifbindung der Beschäftigten in Deutschland mit etwa 60 Prozent höher als in den angelsächsischen Ländern und in Tschechien, aber niedriger als in Frankreich oder Italien.

Allerdings hängt der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten auch stark von der Branche ab (Grafik Seite 1). Nach einer Faustformel sind Tarifverträge in nicht marktbasiereten Dienstleistungsbereichen – also etwa im öffentlichen Dienst – in den meisten Ländern weit verbreitet. In der Land- und Forstwirtschaft sowie im marktbasiereten Servicebereich – zum Beispiel bei unternehmensnahen Dienstleistern – fallen dagegen nur sehr wenige Beschäftigte unter einen Tarifvertrag.

Die über alle Branchen hinweg hohe Tarifbindung in Frankreich und Italien lässt sich damit erklären,


dass dort der Staat den Geltungsbe- reich von Tarifverträgen ausweitet. Zum einen werden Tarifverträge oft für allgemeinverbindlich erklärt – sie gelten also für alle Betriebe einer Branche (Grafik). Zum anderen werden Tarifverträge auf nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer übertragen (Erga-Omnes-Regelungen, siehe Kasten).

Bleibt die Frage, wie einzelne Staaten mit konkurrierenden Tarifverträgen umgehen.

In **Polen** können zwar mehrere Gewerkschaften Tarifverhandlungen führen, sie müssen dies aber gemeinsam tun. Der Abschluss konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb oder einer Branche durch verschiedene Gewerkschaften ist nicht möglich.

In **Frankreich** dürfen nur Gewerkschaften Tarifverträge abschließen, die einzeln oder gemeinsam mindestens 30 Prozent der Stimmen bei den Betriebsratswahlen gewonnen haben. Dies führt dazu, dass die Gewerkschaften Koalitionen bilden müssen. Gewerkschaften, die eine Mehrheit der Arbeitnehmer vertreten, können gegen Tarifverträge von Minderheitsgewerkschaften Einspruch erheben.

Die Konkurrenz arbeitet billiger

Industrielöhne. Die wichtigsten Weltmarktkonkurrenten müssen für Arbeit deutlich weniger bezahlen als die westdeutsche Industrie. Höhere Arbeitskosten schultern nur fünf kleinere Industriestaaten – Norwegen, die Schweiz, Belgien, Schweden und Dänemark. 

Zu den Arbeitskosten zählen im Wesentlichen der Bruttolohn, der Arbeitgeberanteil an den Sozialbeiträgen sowie weitere Personalzusatzkosten wie die betriebliche Altersversorgung. Daran gemessen war Westdeutschland 2013 mit Arbeitskosten von knapp 39 Euro je Stunde der sechststeuerste Standort der Welt (Grafik).

Weitaus günstiger zu haben ist die Arbeitsstunde für Industriebetriebe in den angelsächsischen Ländern. In den USA kostete eine Stunde Arbeit im vergangenen Jahr umgerechnet rund 26 Euro und in Großbritannien etwa 24 Euro. Die chinesische Konkurrenz kommt nur auf Kosten von gut 4 Euro die Stunde.

Auch die Arbeitskosten der südeuropäischen Krisenländer bleiben mit

11 bis 28 Euro die Stunde weit unter dem westdeutschen Niveau.

Insofern entbehrt der Vorwurf, Deutschland betreibe Lohndumping, jeder Grundlage.

Einen anderen Einwand zum Thema muss man allerdings ernst nehmen. So weisen Kritiker zu Recht darauf hin, dass Industriewaren nicht allein vom Verarbeitenden Gewerbe selbst erstellt werden. Vielmehr fließen über die Vorleistungen auch die Arbeitskosten der Dienstleister – etwa von Logistikunternehmen – in den Preis eines Produkts ein. Sind deren Arbeitskosten – wie in Deutschland – im Vergleich zur Industrie relativ günstig, schneidet ein Standort tatsächlich besser ab, als es allein das Kostenranking des Verarbeitenden Gewerbes aussagt.

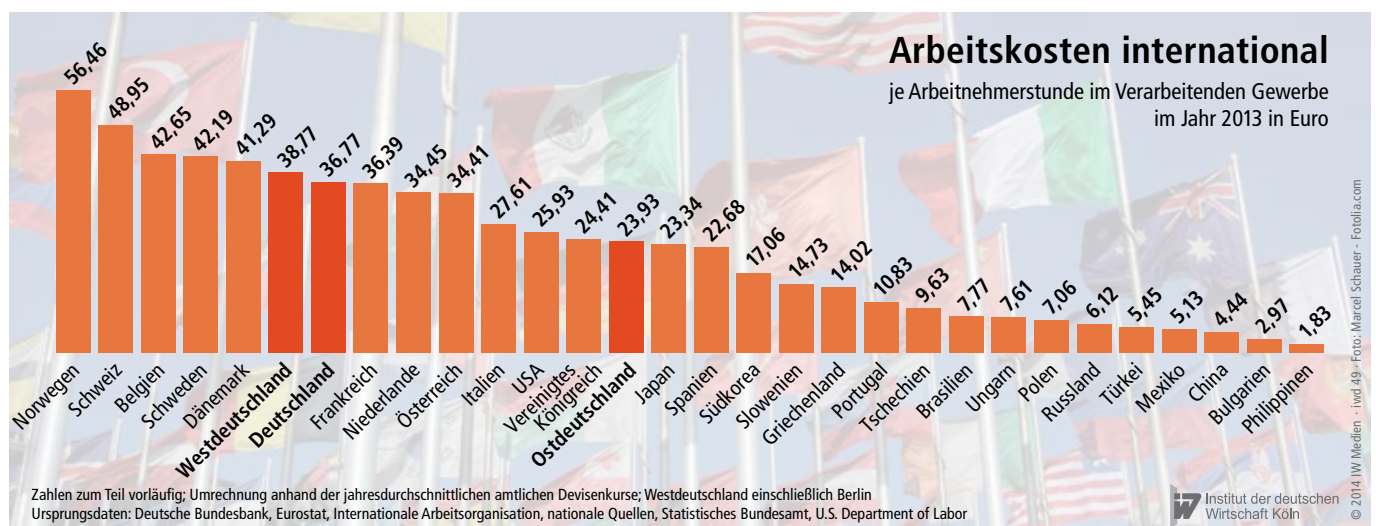
Allerdings sind auch bei dieser Betrachtungsweise noch 71 Prozent der produktbezogenen Arbeitskosten hausgemacht. Das heißt: Auch wenn man die Lohnkosten der Vorleister im Rahmen einer Mischkalkulation mit berücksichtigt, ändert sich an der internationalen Arbeits-

kostenrangliste wenig. Westdeutschland fällt dann lediglich um eine Position auf Rang sieben zurück.

Die Entwicklung der Arbeitskosten im Jahr 2014 wird in der deutschen Industrie durch die Verdienstenwicklung geprägt. Denn die Beitragssätze zur Sozialversicherung haben sich 2014 nicht verändert. Bei den Löhnen und Gehältern zeichnet sich aber keine Entlastung ab. So ist der Arbeitskostenindex in der EU im ersten Halbjahr 2014 im Verarbeitenden Gewerbe um durchschnittlich 2,2 Prozent gestiegen, in Deutschland sogar um 2,5 Prozent.

Auch die Wechselkursentwicklung dürfte der deutschen Exportwirtschaft kaum helfen: In den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 wurde der Euro gegenüber dem Yen um 7 Prozent und gegenüber dem Dollar um gut 1 Prozent höher bewertet als im Mittel des Jahres 2013.

 **aus IW-Trends 4/2014**
Christoph Schröder: Industrielle
Arbeitskosten im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/arbeitskosten



Das digitale

Fünf Mal pro Jahr hat der durchschnittliche Deutsche etwas auf einer Behörde zu tun. Vieles davon könnte online erledigt werden – doch die amtlichen Internetdienste werden bisher nur von knapp der Hälfte der Bundesbürger genutzt. Dabei bietet das digitale Rathaus viele Vorteile: Aufwendige Wege und Wartezeiten entfallen, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung ist direkter, schneller und trans-

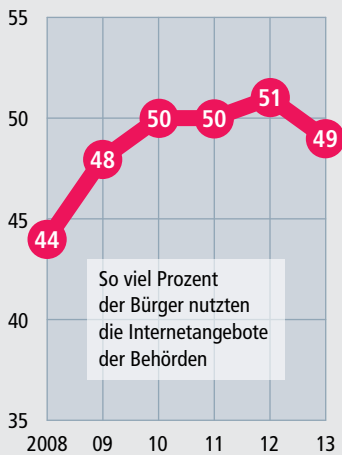
parenter. Auch für Städte und Kommunen lohnt sich die Investition ins E-Government – sie können dadurch Bürokratie abbauen und Verwaltungskosten reduzieren.

Die Bundesregierung hat die Bedeutung der elektronischen Verwaltung erkannt und im vergangenen Jahr das E-Government-Gesetz verabschiedet sowie in diesem Jahr die Digitale Agenda vorgelegt. Trotz dieser Bemühungen müs-

sen sich die Bundesbürger aber vorerst noch damit abfinden, dass andere Länder schneller und konsequenter waren. Schweden gilt als Paradebeispiel für eine moderne Verwaltung, denn dort können die Bürger die meisten ihrer Anliegen rund um die Uhr auf Online-Portalen erledigen.

Doch auch in Deutschland gibt es Städte, die E-Government bereits erfolgreich umgesetzt haben. Das Bürgerservice-Port-

E-Government in Deutschland



So viel Prozent der Bürger nutzten die Internetangebote der Behörden

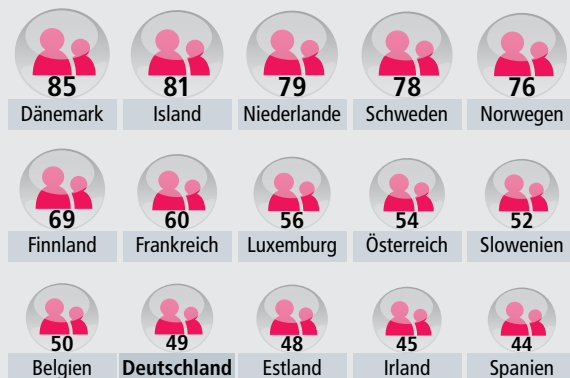
Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

E-Government in Europa

So viel Prozent der Bürger nutzten im Jahr 2013 die Internetangebote der Behörden



Quelle: Eurostat

© 2014 IW Medien - iwd 49

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

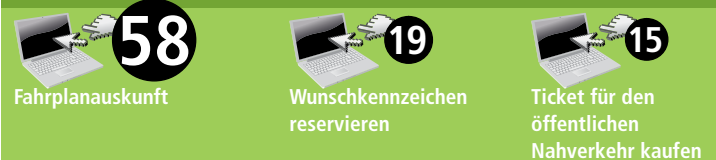
Behördendienste im Netz

So viel Prozent der Bürger haben diese Online-Informationen bzw. Online-Dienste bereits genutzt

Verwaltung



Verkehr



Freizeit



Mehrfachnennungen; Befragung von 1.002 Internetnutzern ab 18 Jahren in Deutschland im Jahr 2014; Quelle: eGovernment Monitor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

Rathaus

tal von Ingolstadt (Abbildung des neuen Rathauses in der Grafik) zum Beispiel erlaubt es den Bürgern, Wohnsitze an- oder umzumelden, Theaterkarten zu buchen oder Fristen für ausgeliehene Bücher aus der Stadtbibliothek zu verlängern. Die Ingolstädter nehmen diesen digitalen Service gerne in Anspruch: Zwei Drittel der Bürger haben sich für eID registrieren lassen, einen Dienst, mit dem man sich

online gegenüber Behörden ausweisen kann. Bundesweit nutzen dieses Verfahren bisher lediglich 28 Prozent der Bürger.

Um im internationalen Vergleich mithalten zu können, muss E-Government in Deutschland konsequent weiterentwickelt werden. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau des Breitbandinternets, sodass auch ländliche Regionen einen Zugang zu schnellerem Internet haben.



Europäer online

So viel Prozent der Internetnutzer konnten im Jahr 2013 mit mindestens 30 Mbit/s surfen

	insgesamt	auf dem Land
Malta	100	93
Belgien	98	75
Niederlande	98	98
Litauen	97	55
Luxemburg	94	94
Lettland	92	29
Portugal	84	36
Dänemark	83	13
Vereinigtes Königreich	82	26
Zypern	77	45
Ungarn	76	18
Norwegen	75	16
Deutschland	75	21
Estland	74	58
Slowenien	74	46
Finnland	72	7
Schweden	71	9
Österreich	70	16
Bulgarien	68	0
Rumänien	66	25
Spanien	65	23
Tschechien	64	4
Island	61	0
Slowakei	58	4
Irland	54	6
Polen	49	8
Frankreich	41	16
Kroatien	33	0
Griechenland	27	0
Italien	21	0

Quelle: Europäische Kommission Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

Barrieren im E-Government

So viel Prozent der Internetnutzer machen aus diesen Gründen keinen Gebrauch von den Online-Diensten der Behörden



Viele Online-Angebote nicht bekannt



Mangelnde Datensicherheit



Vorgänge nicht durchgängig digital zu erledigen



Unzureichende Hilfestellungen der Behörden



Undurchschaubare Struktur



Mangelndes Vertrauen



Verfahren sprachlich schwer verständlich



Online-Abwicklung zu unpersönlich

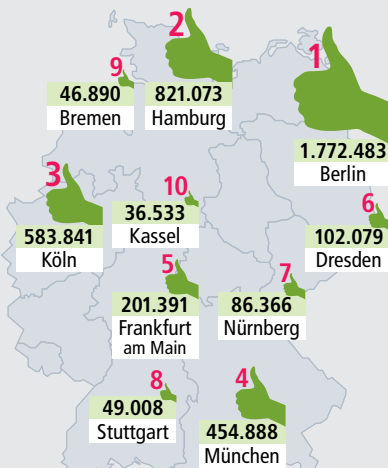
© 2014 IW Medien - iwd 49

Mehrfachnennungen; Befragung von 1.000 Internetnutzern ab 18 Jahren in Deutschland im Jahr 2014; Quelle: eGovernment Monitor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beliebte Hauptstadt

Facebook-Fans deutscher Städte und Gemeinden



Stand: 17. November 2014
Quelle: egovernment-computing.de/facebookranking

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

Foto: TheSI/PLIFY - Fotolia.com

Ist das Pech oder doch Kalkül?

Geplante Obsoleszenz. Viele Verbraucher glauben felsenfest, dass manche Hersteller den Lebenszyklus ihrer Produkte absichtlich verkürzen. In Frankreich können Unternehmen, denen dies nachgewiesen wird, künftig bestraft werden.

Die Haare sind noch klitschnass, da gibt der Föhn den Geist auf. Und dann stellt sich auch noch heraus, dass die Garantie gerade erst vor ein paar Tagen abgelaufen ist.

Zufall? Viele Verbraucher halten das Kaputtgehen eines Produkts kurz nach Ende der Garantiezeit für Kalkül. Für dieses Phänomen der kurzen Haltbarkeit neu gekaufter Waren gibt es sogar einen Fachausdruck: geplante Obsoleszenz. Dabei wird den Herstellern unterstellt, dass sie minderwertige oder schnell verschleißende Teile in ihre Produkte einbauen, damit diese vorzeitig kaputtgehen und so der Verkauf von Neuware angekurbelt wird.

Neu ist diese Idee nicht. Bereits 1924 sprachen sich weltweit mehrere

führende Glühbirnenhersteller ab, um die Brenndauer ihrer Birnen von möglichen 2.500 Stunden auf 1.000 Stunden zu reduzieren.

Und heutzutage? Obwohl viele Verbraucher schon mal ein Gerät in den Händen gehalten haben dürften, das weit vor seiner Zeit seinen Geist aufgegeben hat, kommt die Stiftung Warentest zu einem anderen Ergebnis: Sie konnte im Rahmen ihrer vielen Produkttests in den vergangenen zehn Jahren nicht ein einziges Mal eine Ware mit „Sollbruchstelle“ finden, also ein Gerät, in das bewusst ein Bauteil minderwertiger Qualität eingebaut worden war.

Gleichwohl betonen die Tester, dass es durchaus Unterschiede bei der Qualität von Geräten gibt und dass ein höherer Preis in der Regel auch mit einer längeren Lebensdauer einhergeht. Handys mit einem fest eingebauten Akku beispielsweise gelten als minderwertig, da der Akkutausch durch eine Werkstatt durchgeführt werden muss und das Recycling aufwendiger ist als bei

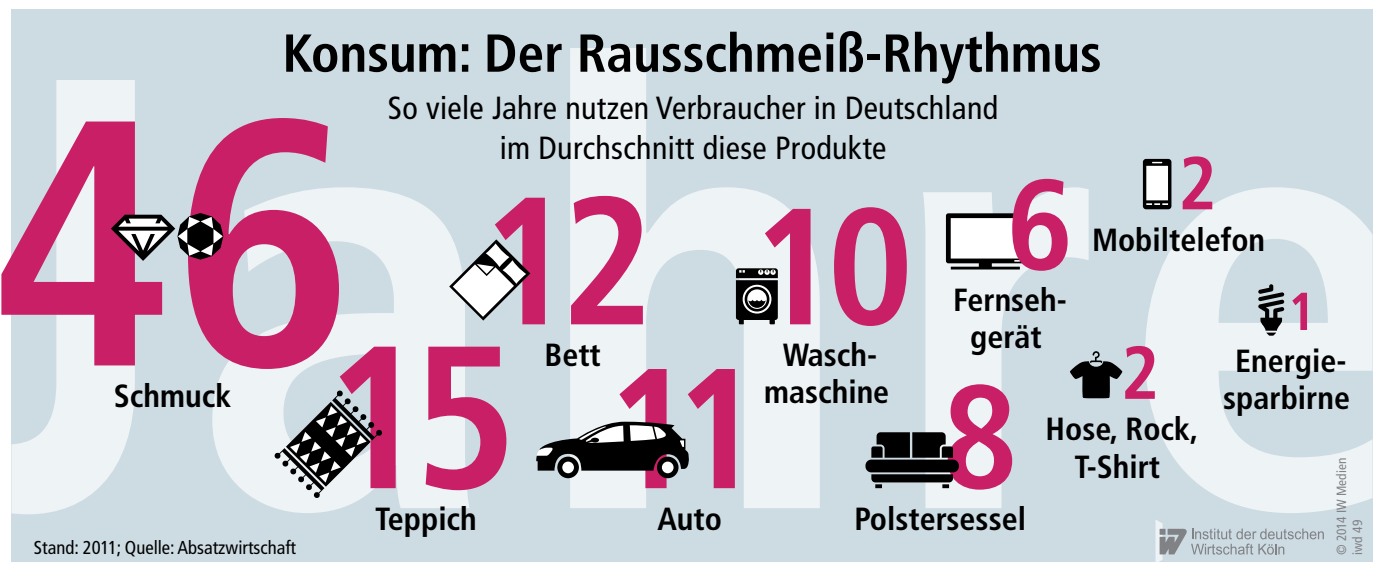
Mobiltelefonen mit leicht auszutauschenden Akkus.

Andererseits spielen aber auch das Marketing sowie technische Neuerungen eine wichtige Rolle (Grafik):

Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Handys beträgt gerade mal zwei Jahre – dann will der Kunde ein neues.

Um den Verbraucherschutz zu stärken, hat die Nationalversammlung in Frankreich vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das es Konsumenten ermöglicht, Produzenten wegen geplanter Obsoleszenz zu verklagen. Den Herstellern drohen schlimmstenfalls bis zu 300.000 Euro Geldbuße und bis zu zwei Jahre Haft.

In Deutschland plädieren Verbraucherschützer für eine gesetzliche Garantiedauer von fünf Jahren – bisher gibt es nur eine Gewährleistungspflicht von zwei Jahren. Außerdem schlagen sie vor, auf Produkten die geplante Lebensdauer sowie die Reparierbarkeit anzugeben.



Erfolgsfaktor Innovation

Städteranking 2014. And the winner is: Wolfsburg. Laut einer Analyse der IW Consult ist die Autostadt wie im Vorjahr Deutschlands dynamischste Stadt. Einen geradezu dramatischen Abstieg erleben dagegen die Städte aus dem Ruhrgebiet.

Wolfsburg ist im Dynamik-Ranking in zwei der vier untersuchten Kategorien absolute Spitze. Bei der Wirtschaftsstruktur (Gewichtung: 30 Prozent) und beim Immobilienmarkt (Gewichtung: 20 Prozent) steht die Stadt ganz oben auf dem Treppchen, beim Arbeitsmarkt (Gewichtung: 40 Prozent) kommt sie auf Rang sieben. Dabei profitieren die Wolfsburger – ähnlich wie Ingolstadt, Leipzig, Braunschweig und Regensburg – vor allem von der Stärke ihrer Automobilfirmen. Nur in Sachen Lebensqualität (Gewichtung: 10 Prozent) ist Wolfsburg mit Platz 45 lediglich Mittelmaß.

Betrachtet man nicht die Entwicklung, sondern das aktuelle Niveau, liegt wie in den vergangenen Jahren München ganz vorn – Wolfsburg folgt hier hinter Erlangen und Ingolstadt auf Platz vier der 69 untersuchten Großstädte.

Besonders dynamisch entwickelt haben sich neben den Autometropolen forschungsstarke Städte wie Berlin, Ludwigshafen, Stuttgart und Dresden. Gerade im Zuge der fortschreitenden Globalisierung, Wissensintensivierung und Digitalisierung der Wirtschaft sind Standorte mit Netzwerken aus forschungsintensiven Unternehmen und Instituten bestens gerüstet für den internationalen Wettbewerb.

Städteranking 2014

Für das Städteranking 2014 der IW Consult wurden 69 deutsche Großstädte in vier Kategorien mit insgesamt 93 Indikatoren bewertet. Betrachtet wurden sowohl die Entwicklung von 2008 bis 2013 (Dynamik) als auch das absolute Niveau.

Dynamik-Ranking	Punkte	Platzierung in der Kategorie				Platzierung im Niveau-Ranking	
		Arbeitsmarkt	Wirtschaftsstruktur	Immobilienmarkt	Lebensqualität		
Deutschlands Dynamiker							
1	Wolfsburg	66,5	7	1	1	45	4
2	Ingolstadt	61,4	9	2	7	4	3
3	Würzburg	57,2	5	11	3	55	22
4	Leipzig	57,0	1	17	47	6	39
5	Berlin	56,4	6	40	2	11	43
6	Braunschweig	55,7	10	15	8	32	24
7	Regensburg	55,0	20	3	29	16	6
8	Ludwigshafen	54,9	12	4	34	8	30
9	Erfurt	54,6	2	45	24	13	45
10	Freiburg	54,4	8	22	20	19	8

Deutschlands Absteiger							
60	Solingen	44,7	64	44	60	53	49
61	Bielefeld	44,4	55	63	53	37	41
62	Herne	44,2	65	53	54	51	68
63	Hamm	43,8	62	49	63	62	65
64	Duisburg	43,4	68	37	55	63	64
65	Hagen	43,3	58	56	69	59	62
66	Oberhausen	42,8	66	64	56	17	67
67	Mülheim an der Ruhr	42,8	51	68	65	48	40
68	Gelsenkirchen	41,7	67	65	61	47	69
69	Remscheid	41,2	69	48	64	39	51

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren den jeweiligen Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - wvd 49

Diese Städte profitieren von ihrer Innovations- und Forschungskultur und liegen mit durchschnittlich rund 55 Punkten nicht nur deutlich über dem Mittelwert aller untersuchten Städte (50 Punkte), sondern erreichen auch einen höheren Wert als andere erfolgreiche Gruppierungen wie beispielsweise die Industriestandorte (53 Punkte).

Auf den hinteren Plätzen finden sich ausschließlich Städte aus Nord-

rhein-Westfalen. Gelsenkirchen, Oberhausen, Herne, Duisburg und Hagen zählen sowohl im Dynamik-Ranking als auch im Niveau-Ranking zu den Schlusslichtern. Problematisch ist, dass die Ruhrgebietsstädte offenbar mehr und mehr den Anschluss verlieren.

Das gesamte Gutachten sowie eine interaktive Karte mit den Zahlen zu allen untersuchten Städten finden Sie unter:
iwkoeln.de/staedteranking_2014

Unis mit Dachschaden

Hochschule. In den Erhalt der Hochschulgebäude wird seit vielen Jahren zu wenig investiert. Allein zwischen 2008 und 2012 ist bei 71 Universitäten ein Sanierungsrückstand von mehr als 3 Milliarden Euro aufgelaufen.

In Düsseldorf tropft es in die Seminarräume, in Regensburg wurde der Uni-Rektor nur knapp von herunterfallenden Fassadenteilen verfehlt. Dies sind nur einige Beispiele der bundesweiten Mängel an Uni-Gebäuden. Vor allem die Hochschulexpansion der 1960er und 1970er Jahre brachte zahlreiche Einrichtungen hervor, die mittlerweile dringend sanierungsbedürftig sind.

Allerdings ist völlig unklar, wie viel Geld notwendig wäre, damit die 400 Hochschulen in Deutschland wieder in Ordnung gebracht werden können. Seit der Föderalismusreform fehlt eine bundesweite Übersicht zum Investitionsbedarf, denn der Hochschulbau wurde – abgese-

Adressaufkleber

Hochschulsanierung: Fehlende Investitionen

Für den Bau und die Instandsetzung der Gebäude- und Außenanlagen von 71 deutschen Universitäten wurden bzw. wären zwischen 2008 und 2012 ...

	... so viele Millionen Euro ausgegeben	... so viele Millionen Euro nötig gewesen	Fehlbedarf in Prozent
Nordrhein-Westfalen	1.327	1.793	26
Baden-Württemberg	715	1.159	38
Niedersachsen	544	970	44
Hessen	572	808	29
Berlin	186	624	70
Bayern	390	609	36
Sachsen	496	509	3
Rheinland-Pfalz	264	370	29
Hamburg	97	253	62
Sachsen-Anhalt	93	212	56
Thüringen	94	209	55
Schleswig-Holstein	94	195	52
Brandenburg	95	171	44
Bremen	41	161	75
Saarland	78	147	47
Mecklenburg-Vorpommern	93	129	28
Deutschland	5.179	8.319	38

Quelle: Hochschul-Informations-System

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 09

hen von Großbauten für die Forschung – zur alleinigen Ländersache.

Bundesweit liefern müssen die Länder seitdem nur Daten über die Bauinvestitionen, die sie mit Kompensationsmitteln finanzieren. Das sind jene 695,3 Millionen Euro, die ihnen der Bund jedes Jahr als Ausgleich für das Ende des gemeinsamen Hochschulbaus gewährt.

In einer Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) wurde nun erstmals versucht, den Bau- und Instandsetzungsbedarf an den Universitäten zu beziffern (Grafik):

Der an den 71 untersuchten Hochschulen ermittelte Instandsetzungsbedarf summierte sich zwischen 2008 und 2012 auf 8,3 Milliarden Euro.

Ausgegeben wurden allerdings nur 5,2 Milliarden Euro, sodass sich eine Unterfinanzierung von 3,1 Milliarden Euro ergibt.

Neben dem Geldmangel gibt es ein weiteres Problem: Seit Anfang 2014 ist die Zweckbindung für den Hochschulbau entfallen. Zwar müssen die vom Bund beigesteuerten Kompensationsmittel investiv eingesetzt werden, aber das könnte theoretisch auch im Brückenbau sein. Ähnlich dürfte es mit den Bafög-Geldern laufen, die der Bund ab kommendem Jahr übernimmt. Einige Bundesländer haben bereits angekündigt, das eingesparte Bafög nicht in die Hochschulen zu investieren, sondern in Kitas und Schulen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Presspiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.